

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Nachrichten Dresden.
Gesellschafter: Sammelnummer 25 241.
Für die Nachdrucke: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Auflage, durch die Post
in täglich zweimaligem Verband monatlich 0,50 M., vierfachjährlich 10,50 M.
Die Spalte 37 mm breite Zeile 2 M. Auf Familienanzeige, Anzeigen unter
Stellen u. Wohnungsmarkt, 10 Pfennige U. u. Verhältnisse 25%. Vorwoselde 20 M.
Taxis, Auswärt. Werbung gegen Vorwoselde. Einzelpreis d. Vorabendblattes 20 Pf.

Ausdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachrichten“) gestattet. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marktstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Siegert & Reichardt in Dresden.
Postleitzahl-Sankt 1068 Dresden.

Englisch-amerikanische Abrüstungen?

Amerikanischer Vorschlag einer internationalen Konferenz.

(Eigner Druckbericht der „Dresden. Nachrichten“)
London, 6. Jan. Die von der britischen Regierung eingeleitete Preß-Kampagne, um die Vereinigten Staaten von weiteren Rüstungen abzuhalten und die Einschränkung der Bewaffnung nach einem gemeinsamen Programm in die Wege zu leiten, hat bislang Erfolg gehabt, als sich die amerikanische Regierung formal bereit erklärt, an einer internationalen Konferenz, welche diese Forderung behandeln will, teilzunehmen. In den letzten Tagen hat man auch die japanische Regierung in die Polemik einbezogen. Der japanische Gesandte in London erklärte, er sei gewiss, daß auch Japan an einer Konferenz teilnehmen, wolle sich aber die Entwicklung vorbehalten, ehe nicht ein klares Bild vorstehe, inwieweit eine Einschränkung der Rüstungen hauptsächlich von England und den Vereinigten Staaten erfolgen werde. Aus der japanischen Antwort er sieht man, daß man in Tokio noch wenige Zusagen zu den englischen Erklärungen hat. Es ist auch noch andere Berichten nicht von Japan zu erwarten, daß es allen Vorschlägen, die England und den Vereinigten Staaten annehmbar erscheinen, zustimmen wird, weil Japan seinen Flottenaufbau aus anderen Gründen durchführen will.

Im Widerspruch hierzu steht folgende Meldung:

Rotterdam, 6. Jan. „Daily News“ schreibt Kanada ein Seebündnis mit den Vereinigten Staaten an und wünscht, in Washington einen Vertreter zu haben. In Montreal hätten unverbindliche Besprechungen bereits begonnen.

Der Ausbau der englischen Luftflosse.

(Eigner Druckbericht der „Dresden. Nachrichten“)
London, 6. Jan. England hat bedeutende Pläne zur Ausbildung seiner Luftflotte, die nach dem Urteil der Sachverständigen das nötige Kampfmittel der Verteidigung der britischen Inseln werden soll. Die vorhandenen größeren Luftschiffe R 33, 34 und 36, sowie die Beppelvluftschiffe L 64 und 71 sollen im Januar bereits wieder ausgedehnte Probefahrten machen. Ein Teil dieser Fahrten geht nach Ägypten, und auch für militärische Probeflüge mit Flugzeugen ist Ägypten als Operationsbasis vorgesehen worden.

Lord George und Admiral Beatty.

Saar, 6. Jan. Nach Meldungen aus London besteht seit einiger Zeit ein starker Gegensatz zwischen Lord George und Admiral Beatty. Der Admiral setzt auf seinem 100 Millionen-Bundesbudget für Großkampfflotte. Lord George hat sich jedoch als Anhänger der sogenannten elastischen Politik — Bevorzugung leichter Kreuzer und der Unterseeboot-Waffe, ausgedehnter Verwendung von U-Booten usw. — der Gehobenen der Flottenausgabe ausgesprochen. Es gehen Gerüchte über den beabsichtigten Rücktritt Beattys um.

Die Konferenz der alliierten Ministerpräsidenten.

Paris, 6. Jan. Die Nachricht, England habe den französischen Vorschlag einer Zusammenkunft der verbündeten Ministerpräsidenten zwar zugestimmt, aber die Festlegung eines Zeitpunkts dafür abgelehnt und somit die Zusammenkunft in Wahrheit vertagt, wird von auständiger Seite als ungern bezeichnet. Lord George habe in seiner Antwort auf den französischen Entwurfsvorschlag vielmehr ein festes Datum, nämlich den 19. Januar, für die Zusammenkunft, die in Paris stattfinden soll, vorgezeichnet. Hauptgegenstand der Beratung soll die deutsche Abrüstung sein. Frankreich wird vorschlagen, daß der deutsche Regierung die Durchführung der Abrüstung in bestimmten Fristen zur Pflicht gemacht wird, und daß im Volle nochmaliger Versammlungen auf deutscher Seite unverzüglich Strafmaßnahmen in Kraft treten sollen. England soll bereit sein, sich dem französischen Vorgehen in der Entwurfsfrage vorbehaltlos anzuschließen. Von französischer Seite wird bestont, daß die in Spa vereinbarten Strafbestimmungen sofort zur Ausführung gelangen müssen, falls Frankreich darauf bestände und der für ihre Anwendung vorgesehene Fall zweifelsfrei vorliege. Gleichzeitig wird aber angekündigt, daß die französische Regierung an die Weltentmischung solcher Rechte ausdrücklich nicht denkt. Nach Mitteilungen von außeroffizieller Seite wird berichtet, daß Frankreich bei den kontragenden neuen Strafbestimmungen nicht die Bedeutung des Nutzenabbaues im Auge habe. Diese Eventualität scheint für den Augenblick wenigstens ganz bestrebt zu sein, angeblich, weil hier die Überzeugung vorherrsche, daß gewisse deutsche Großindustrie die Befreiung des Ruhrgebietes durch die Entente nicht ungern gesehen hätten.

Das Besinden der Kaiserin.

(Eigner Druckbericht der „Dresden. Nachrichten“)
Berlin, 6. Jan. Aus Schloß Doorn liegen schon seit dem 28. Dezember keine Krankheitsberichte in Postform vor. Das Ausbleiben der Berichte läßt eine stationäre und nicht mehr unmittelbar ernste Lage des Gesundheitszustandes der Kaiserin annehmen.

Die Alliierten zur Entwaffnungsfrage.

(Eigner Druckbericht der „Dresden. Nachrichten“)

Genf, 6. Jan. Hayes meldet: In der deutschen Entwurfsfrage ist die Stellungnahme der alliierten Kabinette in Paris eingegangen. Die Haltung Frankreichs erfreut durch die Mitteilungen der alliierten Kabinete nur unwesentliche Korrekturen. Der Vorsitzerrat wird sich freilich mit der deutschen Entwurfsfrage beschäftigen.

Genf, 6. Jan. „Echo de Paris“ meldet: Außer vom Marschall noch in auch vom englischen Generalstab ein Bericht zur Entwaffnung Deutschlands eingegangen. Auch der englische Bericht verneint die Berechtigung zum Fortsetzen der deutschen Einwohnerwehr in Bayern und Oberschlesien.

Paris, 6. Jan. Die Neuter-Note über den englischen Standpunkt in der Frage der Entwaffnung Deutschlands wird von der französischen Presse kritisiert. Der „Temps“ wirft England vor, die monarchistischen Umtriebe in Deutschland zu beginnen. Wenn die britische Politik die Hohenzollern auf den Thron zurückbringe, so behielten in Deutschland alle jene rechte, die in Europa und Amerika behaupten, England begünstigte instinkтив die Einigkeit in Europa, um die Seeherrschaft über die halbe Welt nicht zu verlieren. Es sei festzustellen, daß der englischen Distanzpolitik, eine Politik zu verfolgen, die Kaiser Wilhelm II. auf den Thron nicht mehr zurückführen will.

Die Radikalabsichten Lengues sind ihre Erklärung in folgender Meldung:

Der Deputierte Lamand hat in der Kammer eine Interpellation über die Nichtbeförderung der Entwaffnungsvoorshritte durch Deutschland eingekämpft. Man erwartet einen neuen heftigen Angriff auf die Regierung, und das „Petit Journal“ prophezeit bereits übermals ein Ministerium Poincaré oder eines Strohmannes von Poincaré, falls nicht etwa ein Erfolg bei den Senatswahlen am nächsten Sonntag die Regierung Lengue ausstärken sollte. Die drei Minister, die zur Wahl stehen, sind der Unterrichtsminister Horvat, der Finanzminister Marini und der Hygieneminister Serey. Angenommen steht der frühere Präsident der Republik Deschanel zur Wahl und der Chefredakteur des „Matin“ Henri de Jouenelles. Die auscheidenden 96 Senatoren legen sich zusammen aus 32 Mitgliedern der radikalen Demokraten und radikalsozialistischen Linken, 20 Mitgliedern der republikanischen Union, 12 gemäßigten Republikanern, 7 Mitgliedern der Rechten und 2 unabhängigen Sozialisten. Nach einer Pariser Privatmeldung hält man in parlamentarischen Kreisen eine Umgestaltung des Kabinetts für unabdinglich, in erster Linie einen Wechsel im Finanzministerium. Marshal hat nach dem Gefühl des Parlaments den Verhandlungen nicht genug gestimmt. Als eventueller Nachfolger wird Charles Dumont, Generalsekretär des Budgets, genannt.

Die Brüsseler Konferenz.

(Eigner Druckbericht der „Dresden. Nachrichten“)

Rotterdam, 6. Jan. Der Londoner „Express“ meldet aus Paris, daß die Brüsseler Konferenz mit den Deutschen am 16. Januar wieder beginnt. An der Besetzung der alliierten Delegationen seien wichtige Änderungen erwartet.

Genf, 6. Jan. Der „Herald“ meldet aus Brüssel, daß die neuen Brüsseler Beratungen nicht über den 25. Januar dauern würden, und die deutschen Vorschläge würden von den Alliierten bereit für die erste Sitzung am 15. Januar erwartet.

Argentinische Ausstrahlung aus dem Völkerbunde.

(Eigner Druckbericht der „Dresden. Nachrichten“)

Genf, 6. Jan. Der „Herald“ meldet aus Neuwerk, daß die argentinische Regierung in Washington eine Mitteilung überreicht hat, die den Anderen: Argentinien als den jetzigen Völkerbunde erwarten läßt.

Sparpläne bei der Reichspost.

Die Reichspostverwaltung führt angestrengt auf Mittel,

um aus der Zustimmung herauzufinden. Zunächst wird der Hilfsbeamtenapparat abgebaut und die Zahl der Angestellten verringert, auch Porto-erhöhungspläne werden erwogen, obwohl die Zeiten für diese Pläne ungünstig sind, denn der Rückgang der Postsendungen macht sich seit der letzten Tariferhöhung doch recht bemerkbar, und der diesjährige Rentenjahrspostbericht war recht klar, während er im Frieden Einnahmen brachte, die ein Zwölftel des Jahresbedarfs der Reichspost androhten. Auf dem Wege der Sparpläne geht die Reichspost jetzt weiter. So werden alle Pandoräte ohne eigene volkstümliche Einrichtungen täglich nur einmal bestellt. Sonntags gar nicht. Die kleinen Städte sollen eine zweimalige Bestellung erhalten, die größeren, eine dreimalige, für die ganz großen ist vorläufig noch eine viermalige vorgesehen, aber auch sie wird wohl bald eine dreimalige werden.

Neue Forderungen der Berliner Gemeinde-

arbeiter.

Berlin, 6. Jan. Die Berliner Gemeindearbeiter sind in eine neue Lohnbewegung eingetreten. Sie verlangen eine allgemeine Tariferhöhung von übermäßig 30 Prozent.

Scheidemann über Bethmann.

Auch Scheidemann hat, wie er jetzt dem „Borwörter“ anführt, Erinnerungen geschrieben und gibt darin einige Auskünfte über seine Beziehungen zu Bethmann zum besten. Wir geben nachstehend das Beimerkswerte wieder:

Bethmann-Hollwegs Kriegsziele.

Am 8. März 1915 hatte der Reichskanzler vor den Territorialmännern der Traktionen über seine Kriegsziele gesprochen und gehabt:

Wir wollen Südtirol, größere Bewegungsfreiheit und Entwicklungsmöglichkeiten für ein härteres und größeres Deutschland. Wir ließ es sich toll über den Rücken, und als er die Wendung von dem größeren Deutschland zum zweiten Mal gebrauchte, da schauten wir hier und an: Wollenbuhr, Robert Schmidt und ich sehr verstimmt. Haase offenbar sehr angenehm berührt. Er hatte nun, was er gebraucht, daß Stichwort für den „Großkrieg“, für den wir unmöglich noch Kredite würden bewilligen können... Auf dem Heimwege begann ich Haase gegenüber zu erinnern, daß Bethmann-Hollweg nach allen seinen sonstigen Darlegungen unmöglich ein durch Gebietszuwachs größeres Deutschland gemeint haben könnte; das erschien mir ganz ausgeschlossen... Diese Konferenz hatte immer noch unter der Rücksicht auf die relativ große Zahl der Teilnehmer gelitten. Der Reichskanzler hatte aber, wie vor allen anderen entscheidenden Reden, den Mund sich ganz vertraulich mit der Sozialdemokratischen Partei vorher ausgetauscht. Das beweist mein Tagebuch-Eintrag vom 9. März: „Um 8 Uhr kommt ein Brief aus der Reichskanzlei und bittet mich um 10 Uhr zum Reichskanzler. Ich rufe Wahnschafte an, daß der Reichskanzler in der bevorstehenden Unterredung auf sein Kriegsziel zurückkommen müßt, aber so, daß daraus unter keinen Umständen Eroberungsabsichten herausgeholt werden könnten, wie das getan abend der Fall gewesen wäre. Abstechen, von denen ich überzeugt sei, daß sie Bethmann-Hollweg ja auch gar nicht befreit hätten.“

Wahnschafte verstand mich sofort, nachdem ich ihn auf unsere Grundsätze aufmerksam gemacht hatte... Am tiefsten Vertrauen — sonst habe niemand Kenntnis davon — hatte Keime fürszen in Russland, Keime, aus denen ein Friede entstehen könnte. Wir würden sie zerstreuen, wenn wir vom Frieden sprechen. Das werde man deutet als Sarajevo, und dadurch wache in Russland das Kriegsgefühl noch einmal auf. Die Rebe, die die Aldeutchen verlangten, seien Unsinn. „Ich denke nicht daran, zu verwirren!“ Damit war dann, wie Scheidemann bestrebt feststellte, auch Haase zufrieden.)

Um die Kommandogewalt.

Am 7. Mai 1917 hatten Ebert und ich eine Aussprache mit Bethmann-Hollweg über unsere Stockholmer Friedenskonferenz, für die er sich sehr interessierte. Das Gespräch fand dann auf die von uns beabsichtigte Interpellation und den Verfassungsausschuß, dessen Vorsitzender ich war: Es müßte noch eine Rückfrage vor meinen Reden über die Interpellation. Ich sage zu und erkläre ihm gleich: Wenn er etwas sage, was die Rechte befriedigt, so würden wir erklären müssen, daß wir drei Jahre lang und in einer Tätigkeit befinden hätten und daß es Monate dauern würden, um zu erklären zu können. — Er: Die Rechte befriedigt noch einmal nicht. Die Rebe, die die Aldeutschen verlangten, seien Unsinn. „Ich denke nicht daran, zu verwirren!“ Damit war dann, wie Scheidemann bestrebt feststellte, auch Haase zufrieden.)

Am 7. Mai 1917 hatten Ebert und ich eine Aussprache mit Bethmann-Hollweg über unsere Stockholmer Friedenskonferenz, für die er sich sehr interessierte. Das Gespräch fand dann auf die von uns beabsichtigte Interpellation und den Verfassungsausschuß, dessen Vorsitzender ich war: Es müßte noch eine Rückfrage vor meinen Reden über die Interpellation. Ich sage zu und erkläre ihm gleich: Wenn er etwas sage, was die Rechte befriedigt, so

würden wir erklären müssen, daß wir drei Jahre lang und in einer Tätigkeit befinden hätten und daß es Monate dauern würden, um zu erklären zu können. — Er: Zur gleichen Presse der Reden über die Verfassungsausschuß ist. — Ich sehr erstaunt und: Raus, wie? — Er: Der Entwurf in die Kommandogewalt bei der Ernennung der Offiziere zum Beispiel. Was glauben Sie, wie das ausgenutzt wird? — Ich ruhe ihm sofort in die Parade, setze ihm den Säus aneinander und bedauerte, daß er so „ungeeignet“ informiert sei. Ich sagte ihm dann weiter, daß ich alles, was bisher im Verfassungsausschuß gemacht worden sei, quasi für „Kleinfrank“ halte, ohne den der Reichstag Macht entwideln könne, wenn er nur wolle. — Er: Zur gleichen Presse der Reden über die Verfassungsausschuß ist eine weitere willkommene Hilfe gegen mich. Vergessen Sie nicht, daß diese Presse in sehr einflussreichen Kreisen gelebt wird. Und einschließlich die „Deutsche Tageszeitung“, „Reichszeitung“, „Tonale Rundschau“ und Herr Georg Bernhard in der „Politischen Zeitung“ im Kampf gegen mich. Auf die Dauer bleibt ein solcher konsequenter Kampf natürlich nicht ohne Einwirkung. Was leidet denn die höheren Offiziere anders als die Redaktionsblätter. Und das jetzt im Kriege! Stein, dieser Verfassungsausschuß jetzt — das geht wirklich nicht so weiter. — Ich erkläre den entschiedenen Widerstand. — Er: Die Rechte mit den Offiziers-Ernenntnissen dürfen wir jetzt unter keinen Umständen an das Plenum kommen lassen. — Ich: Das werden Sie nicht verhindern können, denn abweichen von den paar Monierwahlen steht der Reichstag vielleicht gerade hinter sieben Borden. — Er: Wir müssen eine Verhöhnung finden, daß darf jetzt eins Plenum formen. Wenn Sie mögten, wie darüber oben wird.

Bethmann war wenigstens immer offen in seiner Gegenwart und griff nicht zu dem Kleingeschäft der Sabotage und der offiziellen Unmäßigkeit. Wanz anders andere Regierungssstellen!

Scheidemann hat wohl geglaubt, mit dieser offenen Selbstbesiegelung seinem Freunde Bethmann einen Heftfall zu erweisen. Er hat das Megenrettet. Wir sind ihm aber dankbar dafür, daß er so offen dorlegt, wie in Deutschland während des Krieges den politischen Kurs bestimmt hat. Als Herr Scheidemann „das größere Deutschland“ — „leistet über den Rücken lief“, stellte Wahnschafte klug um und auch Haase war zufrieden. Sehr hübsch in Scheidemanns Erklärung an Bethmann: „Wenn Sie etwas sagen, was die Rechte befriedigt, ziehen wir die Konsequenzen“. Man sollte sich nur vor, was das für eine ungemeinerliche Verantwortung ist! Nicht klug und haatomöglich zu reden verlangte Herr Scheidemann vom Reichskanzler, nein, er konnte